

# Luxemburg

Wichard Woyke

In einer Regierungserklärung zur Außenpolitik des Großherzogtums am 15. November 2011 erläuterte Vize-Premier- und Außenminister Jean Asselborn die aktuelle luxemburgische Europapolitik klar. Dabei bezog sich Asselborn insbesondere auf die Werte und fundamentalen Interessen des Großherzogtums als Grundlage der luxemburgischen Europa- und Außenpolitik, sowie auf die zahlreichen Bereiche, in denen Luxemburg diese Werte und Interessen verteidigt. Angesichts der herrschenden Schuldenkrise und der politisch-sozialen Spannungen in Europa betonte Asselborn die Übereinstimmung der nationalen Interessen des Großherzogtums mit denen Europas. Er präsentierte die unterschiedlichen Maßnahmen, die auf europäischer Ebene getroffen wurden, um der Schuldenkrise entgegenzuwirken. „Der Euro ist unersetzlich“, erklärte Asselborn und schloss: „Man kann Mitglieder der Euro-Zone nicht ausschließen (...); im Gegenteil, es ist geboten, politische Solidarität zu beweisen, insbesondere in Zeiten der Krise.“<sup>1</sup>

## Luxemburgs Haltung in der Eurokrise

Die Europapolitik Luxemburgs wurde weitgehend durch die Staatsverschuldungskrise der EU gekennzeichnet. Luxemburg gehörte auch in diesem Zeitraum zu den sechs stabilen Ländern der Union und hatte mit einem Verschuldungsgrad von knapp 20% am BSP eine der niedrigsten Raten innerhalb der Union aufzuweisen. Luxemburg beteiligte sich sehr aktiv an der Lösung der Finanzkrise der Union. Einmal erfolgte dies in der Person des Regierungschefs Jean Claude Juncker, der als Euro-Gruppenchef eine intensive Koordinationsarbeit innerhalb der EU 17 (Eurozone) gewährleistete und zum anderen in der aktiven Unterstützung der von der EU vorgesehenen Maßnahmen wie dem Europäischen Fiskalpakt und dem europäischen Stabilitätspakt. Luxemburg wird sich nur mit 0,25 Prozent, d.h. 1,752 Mrd. Euro (von denen 200,32 Mio. Euro binnen drei Jahren in verschiedenen Etappen direkt überwiesen werden sollen) am Rettungsschirm beteiligen, wobei das Land Garantien in Höhe von 1,552 Mrd. Euro übernimmt. Das mag angesichts eines Volumens von 700 Mrd. Euro für den gesamten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wenig erscheinen, doch rechnet man die Beteiligung Luxemburgs auf die Einwohnerzahl um, dann zeigt sich, dass der Betrag eines luxemburgischen Bürgers mit 3.505 Euro deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Die Belastung eines Luxemburgers liegt damit um 65 Prozent höher als der Eurozonen-Durchschnitt.<sup>2</sup> Insgesamt stimmten die Abgeordneten am 26. Juni 2012 dem Vertrag über den ESM sowie der Beteiligung Luxemburgs am permanenten Euro-Rettungsschirm zu. Nach Auffassung der Mehrheitsparteien erfolgte die Zustimmung zu ESM und Fiskalpakt, weil Luxemburg aus der Gemeinschaftswährung großen Nutzen gezogen hätte. Premierminister Juncker merkte nicht nur an, dass die luxemburgischen Beiträge als Teile eines gemeinsamen Einsatzes für mehr Stabilität und Wachstum in Interesse Europas gesehen wer-

---

1 <http://Berlin-mae-lu/ge/> Aktuelles aus Politik und Wirtschaft.

2 Luxemburger Wort 26. Juni 2012.

den müssen, sondern auch im nationalen Interesse lägen. Juncker erklärte, „dass für kein Land sein Finanzplatz so wichtig sei, wie dies für Luxemburg der Fall sei. Wenn der Bankenplatz zusammenbreche, dann sind wir 100 Jahre bankrott“<sup>3</sup>, erklärte der Premierminister.

Premierminister Juncker regiert Luxemburg seit 1995 und ist damit der dienstälteste Regierungschef in der Europäischen Union. Juncker gilt als entschiedener Verfechter der europäischen Integration und weiß die Interessen Luxemburgs als Finanzstandort zu verteidigen. Seit 2005 ist Juncker Eurogruppenchef, ein Schlüsselposten der finanzpolitischen Koordination in der Euro-Zone, und er hat diesen auch 2012 für weitere zweieinhalb Jahre bestätigt bekommen, wenngleich er erklärte, nicht die volle Amtszeit zu wirken. „Juncker bestimmt mit, was passieren wird. Er sitzt in jenem Vierergremium, das von den Staats- und Regierungschefs beauftragt ist, bis Ende des Jahres ein Konzept zum Umbau der Europäischen Währungsunion zu entwerfen. Darin eingeschlossen: eine Stellenbeschreibung für den Job des Vorsitzenden der Euro-Gruppe. Juncker entscheidet mit, ob sein Nachfolger bereits der Prototyp des europäischen Finanzministers sein wird: Vollzeit-Job in Brüssel, durchgriffsberechtigt, so mächtig wie der Präsident der EZB.“<sup>4</sup>

Darüber hinaus setzte Juncker durch, dass der luxemburgische Notenbankpräsident Yves Mersch den im Juli 2012 freigewordenen Posten im Direktorium der Europäischen Zentralbank übernimmt. Damit setzte er ein ungeschriebenes Gesetz der Euro-Länder außer Kraft, das besagte, dass die vier größten Euro-Länder immer einen Posten im Direktorium der Europäischen Zentralbank besetzen sollten. Luxemburg hat somit erstmals einen Platz im inneren Entscheidungszirkel der EZB. Juncker rang im Sommer 2012 den Finanzministern breiteste Zugeständnisse für das Großherzogtum ab.

### **Konflikte mit den großen Nachbarn**

Luxemburg scheute sich nicht auf Konfrontationskurs mit den großen Nachbarn zu gehen. So kritisierte Premierminister Juncker das Verhalten von Deutschland und Frankreich in der Schuldenkrise scharf. Die Forderung nach einer Ergänzung des Fiskalpakts um Wachstumsanreize machte sich auch Juncker zu eigen, da oft europäische Volkswirtschaften auch wegen staatlicher Ausgabenkürzungen nicht aus der Rezession herauskämen. Juncker warf Deutschland vor, sich zu unrecht als Musterschüler der Euro-Zone darzustellen. So sagte er: „Das ist Teil des Problems, so zu tun als ob Deutschland das einzige tugendhafte Land der Welt wäre, also ob Deutschland die Zeche für alle anderen Länder bezahlen müsste. Das ist in hohem Maße beleidigend für die anderen.“<sup>5</sup> Von den 17 Euro-Ländern hätten sieben Staaten weniger Schulden als Deutschland. Dies sei in einem Land, in dem pausenlos über die Frage debattiert werde, wieso es für ganz Europa bezahlen müsse, nie ein Thema, beklagte der Euro-Gruppen-Chef. Als Frankreichs Präsident Sarkozy mitten im Wahlkampf drohte an den Grenzen wieder Kontrollen einzuführen, traf er auf den empörten Widerspruch des luxemburgischen Außenministers, der ihm vorwarf, ein Markenzeichen der EU abzuschaffen. „Schengen in Frage zu stellen, zu schwächen oder kaputtzuschlagen, um den Wählern der Nationalen Front zu gefallen, das ist anti-europäisch und populistisch“, sagte Asselborn. „Und es bedeutet, das Instrument, was am besten die europäische Integration für den Bürger darstellt, mit Füßen zu treten.“<sup>6</sup>

---

3 Letzebuenger Journal vom 4. Juli 2012.

4 Süddeutsche Zeitung vom 12.07.2012.

5 Die Welt vom 1. Mai 2012.

6 Spiegel online vom 12.03.2012.

# Malta

Heinz-Jürgen Axt

In Zeiten massiver ökonomischer Verwerfungen insbesondere in der südlichen EU-Peripherie stellt sich Maltas ökonomische Entwicklung 2011 relativ stabil dar. Während Griechenland, Portugal, Spanien und jetzt wohl auch Zypern Zuflucht unter dem Euro-Rettungsschirm suchen, bleibt Malta dieser Weg wohl auf absehbare Zeit erspart. Das bedeutet allerdings nicht, dass nicht auch Maltas Verschuldung vermehrt Aufmerksamkeit verlangt. Maltas Budgetdefizit betrug 2003 noch 9,2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Es konnte im Nachfolgejahr schon auf 4,7% gesenkt werden, bevor es 2005 mit 2,9% unter die nach den Maastricht-Kriterien zulässige Höchstgrenze von 3% gebracht werden konnte. In den beiden Folgejahren verringerte sich der Wert weiter mit 2,8% und 2,4%. Die globale Finanzkrise machte sich dann aber auch bei Malta bemerkbar. 2008 schnellte das Defizit auf 4,6% hoch, verringerte sich aber in den beiden folgenden Jahren auf 3,8% und 3,7%, bevor es, wie erwähnt, 2011 den Maastricht-Referenzwert unterschritt.

Die Entwicklung des Haushaltsdefizits spiegelt sich auch in der Staatsschuld wider. 2004 betrug diese noch 71,7% des BIP und überschritt damit die Maastricht-Grenze in Höhe von 60%. Bis 2008 ging der Schuldenstand kontinuierlich zurück, er erreichte damals 62,3%. Ab 2009 ist ein anhaltender Anstieg zu beobachten, mit 68,1% (2009), 69,4% (2010) und 72,0% (2011). Malta muss diese Entwicklung unter Kontrolle bringen, damit es nicht dem schlechten Beispiel anderer mediterraner Länder folgt. Zu Beginn des Jahres 2012 stuften die drei angelsächsischen Ratingagenturen Malta etwa ähnlich wie Spanien ein (vgl. Tabelle 1). Ein A-Rating bedeutet immerhin, dass das Kreditrisiko als gering eingestuft wird.

*Tabelle 1: Ratings ausgewählter Euro-Staaten (Januar 2012)*

|              | Standard & Poors | Moody's | Fitch |
|--------------|------------------|---------|-------|
| Griechenland | CC               | Ca      | CCC   |
| Italien      | BBB+             | A3      | A-    |
| Malta        | A-               | A3      | A+    |
| Portugal     | BB               | Ba3     | BB+   |
| Spanien      | A                | A3      | A     |
| Zypern       | BB+              | Baa3    | BBB-  |

Das vergleichsweise positive Urteil der Ratingagenturen gründet natürlich auch auf der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung Maltas. Seit dem Beitritt zur EU hatte Malta bis 2008 eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP in Höhe von 2,96% aufzuweisen. In der EU-27 waren es dagegen lediglich 2,28%. 2009 erfolgte der Einbruch, das BIP verringerte sich um -2,6%. Aber schon 2010 war wieder ein Zuwachs von 2,5% zu verzeichnen, 2011 waren es dann 2,1%. Die EU-27 kam 2011 auf 1,5%. Die Inflation erreichte 2011 2,4%, verantwortlich waren hauptsächlich Nahrungsmittel und Energiepreise. Der Anstieg der Energiepreise wurde für die Konsumenten dadurch erträglich gehalten, dass die Regierung entschied, die Strompreise nicht anzuheben. Die Beschäftigung stieg mit 2,7% im Jahr 2011 deutlich höher als in der gesamten EU an. Verantwortlich war dafür vor allem,

dass vermehrt Frauen eine Beschäftigung aufnehmen. Die Arbeitslosenquote verstetigte sich auf 6,5%. In der EU-27 betrug sie 2011 9,7%.

Dass sich Maltas konservativ geprägte Kultur ändert, zeigt nicht nur das vermehrte Vordringen weiblicher Beschäftigter, sondern auch die Einführung der Scheidung. Neben den Philippinen und dem Vatikanstaat war das katholische Malta das einzige Land auf der Welt, das die Scheidung verboten hat. Zwar wurden jährlich rund 200 Ehen annulliert, dazu mussten die Eheleute aber ins Ausland gehen. Noch 2010 hatte Papst Benedikt XVI. bei seinem Besuch die Malteser aufgefordert, am Status quo festzuhalten. Der konservative Ministerpräsident Lawrence Gonzi sprach sich ebenfalls gegen die Scheidung aus. Bei der Abstimmung zur Abhaltung eines Referendums wurde im Februar 2011 im Parlament der Fraktionszwang aufgehoben. Das Referendum erbrachte eine Mehrheit von 52,7% für und 46,4% gegen die Einführung der Scheidung. Entsprechend wurde 2011 das Ehegesetz geändert.

Am 17. März 2011 wurde durch die UN-Resolution 1973 ein Militärschlag gegen das libysche Gaddafi-Regime legitimiert, um es von den gewaltsamen Aktionen gegen die eigene Bevölkerung abzuhalten. Die Militäraktion blieb auch für Malta nicht ohne Folgen. Zum einen hatte Malta unter seiner sozialistischen Führung in der Vergangenheit lange Zeit enge Beziehungen zu Muammar al-Gaddafi unterhalten. Zum anderen verspürte Malta mehr als andere EU-Staaten die Folgen der Repression durch das Gaddafi-Regime, strömten doch vermehrt Flüchtlinge aus Libyen auf die nahe gelegene Insel Malta. Als der Sozialist Dom Minthoff 1971 Premierminister wurde, näherte sich Malts außenpolitischer Kurs immer mehr dem von Libyen an. Die NATO-Basis in Malta musste geräumt werden, die Briten konnten ihre Basis nur gegen eine Zusage deutlich erhöhter Finanzzuweisungen behalten. Minthoff folgte dem Beispiel Libyens, das ebenfalls die Militärstützpunkte der USA und Großbritanniens geschlossen hatte. Für die entfallenden Finanzzuweisungen aus London bot sich Kompensation durch Libyen an und zwar in Form direkter Geldüberweisungen, aber auch verbilligter Öllieferungen. Allerdings musste Malta alsbald feststellen, dass die vermeintlichen verbilligten Öllieferungen aus Libyen doch nicht so vorteilhaft waren, hätte das Land doch auf dem Weltmarkt den begehrten Energieträger zu günstigeren Konditionen bekommen können.

Um Gaddafi zu imponieren und den Geldfluss sicher zu stellen, traf Minthoff eine Reihe von zumeist überraschenden Entscheidungen: Arabisch wurde zum Pflichtfach in der Schule, im katholisch dominierten Malta wurde der Bau einer Moschee und der Betrieb derselben durch eine islamische Gesellschaft gestattet, die sogar den diplomatischen Status erhielt. Ein Park wurde nach Gaddafi benannt, ebenso konnten die Libyer auf der Insel eine Radiostation betreiben. Nach Minthoff waren Libyer und Malteser „Blutsbrüder“.<sup>1</sup> Malta löste sich erst aus der engen Bindung an Libyen, als 1987 Eddie Fenech Adami Ministerpräsident wurde. Nach den Angaben von UNHCR wurden zum 1. Januar 2012 insgesamt 6.952 Flüchtlinge in Malta gezählt, 1.457 davon beantragten Asyl.<sup>2</sup> 14,73 Flüchtlinge entfielen damit auf 1.000 Einwohner Malts. Zum Vergleich: In Deutschland waren es 7,22.<sup>3</sup>

### Weiterführende Literatur

Malta's National Reform Programme Under the Europe 2020 Strategy, April 2011, [http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nrp/nrp\\_malta\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nrp/nrp_malta_en.pdf).

---

1 Vgl. die Schilderung durch den ehemaligen maltesischen Botschafter in Tripolis Evarist Saliba „Gaddafi and Malta-Libya relations“ in der „Times of Malta“ vom 1. und 2.9.2011 (<http://www.timesofmalta.com/articles/view/20110901/opinion/Gaddafi-and-Malta-Libya-relations.382747> und <http://www.timesofmalta.com/articles/view/20110902/opinion/The-beginning-of-a-new-chapter.382915>).

2 UNHCR (<http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/page?page=49e48eba6&submit=GO>).

3 Vgl. The Guardian (<http://www.guardian.co.uk/news/datablog/2011/jun/20/refugee-statistics-unhcr-data#data>).

# Die Niederlande

Marij Leenders<sup>1</sup>

Die im Oktober 2010 vereidigte Regierung Rutte, eine Minderheitskoalition aus der liberalen VVD und der christdemokratischen CDA – die auf die Unterstützung der rechts-extremen PVV angewiesen war –, sorgte nicht nur im Inland, sondern auch bei den europäischen Partnern regelmäßig für Aufsehen. Das Kabinett war das Ergebnis der Wahlen vom 9. Juni 2010. Die Parteien der neuen Regierung verfügten mit 31 (VVD) und 21 Sitzen (CDA) nicht über eine eigene Mehrheit im Parlament. Mit der Unterstützung der 24 Abgeordneten der PVV erreichte sie die knappste denkbare Mehrheit: 76 der 150 Sitze. In der politischen Geschichte der Niederlande ist eine Minderheitsregierung ein Novum. Auch der *Eerste Kamer* (Senat) hatte die Regierung keine eigene Mehrheit und war bei ihren Gesetzesvorhaben abhängig von anderen Parteien, insbesondere von der kleinen streng-protestantischen SGP. Diese ebenfalls seltene Konstellation führte dazu, dass der Senat, der normalerweise eine gewisse Distanz zur Tagespolitik wahrt, ebenfalls politisiert wurde. Die Regierung musste somit im politischen Prozess eine doppelte Außenunterstützung mitberücksichtigen – die von der PVV in der *Tweede Kamer* und die der SGP in der *Eerste Kamer*.

Diese komplexe und einmalige Konstruktion erwies sich alsbald als unhaltbar. Im März 2012 begannen im Catshuis, dem Amtssitz des Premierministers, Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien VVD und CDA und dem „Tolerierungspartner“ PVV über die Ausarbeitung der für 2013 notwendigen Sparmaßnahmen. Diese Verhandlungen im Catshuis glichen gewissermaßen einer Neuauflage der langwierigen Verhandlungen, die in den Niederlanden üblicherweise bei der Regierungsbildung zu einem detaillierten Koalitionsabkommen führen. Ohne formelle Regeln oder Konventionen führte Mark Rutte diese Verhandlungen in einer Doppelrolle – Verhandlungsführer der VVD und Premierminister. Rutte und Finanzminister De Jager wollten die von Brüssel vorgegebenen Haushaltregeln genauestens einhalten (da die Niederlande zu den Befürwortern dieser Regeln gehört hatten). Geert Wilders und die PVV sperrten sich dagegen und auch die sozialdemokratische PvdA drohte ihre Unterstützung für den europäischen Finanzpakt zu widerrufen, sollte die Regierung zu rücksichtslos auf der Dreiprozentsnorm für das Haushaltsdefizit beharren. Am 20. März zeigten die Schätzungen der Wirtschaftsweisen des *Centraal Plan Bureau* (CPB, Zentrales Büro für Wirtschaftsplanung), dass das Defizit für 2013 nochmals 0,1 Prozent höher sein würde. Somit mussten zusätzliche Sparmaßnahmen in Höhe von 9,6 Milliarden Euro anvisiert werden. Ende März erreichten die Catshuisverhandlungen eine kritische Phase: Wilders zögerte, da er sich mit keinem der vorgelegten Sparpakete identifizieren wollte. Die vorgeschlagenen Reformen in den Bereichen Rentenversicherung, Arbeitslosengeld, Entlassungsrecht und Pflegedienste waren für die PVV schwer hinnehmbar. Stattdessen wollte Wilders strengere, populistische Maßnahmen bezüglich Immigration

---

1 Übersetzt aus dem Niederländischen.

Mit Dank an Jan Ramakers, Centrum voor Parlementaire Geschiedenis, Nijmegen.

und Asyl. Während der Verhandlungen präsentierte der Frontmann der PVV die Ergebnisse einer von seiner Partei bei einem euroskeptischen Forschungsinstitut in England in Auftrag gegebenen Studie. Die Studie zeigte, dass sich die Rückkehr zum Gulden schnell rentieren würde, vor allem angesichts der hohen Kosten der Euroeinführung und der negativen Folgen der Gemeinschaftswährung auf das Wirtschaftswachstum und die Haushaltsbörsen der Bürger. Durch diesen Alleingang traten die Fragezeichen bezüglich des Zusammenhalts in der Regierung samt Tolerierung in den Vordergrund.

Am 21. April verließ Wilders endgültig die Besprechungen im Catshuis. Im Nachhinein wurde behauptet, dass er bereits sein Einverständnis mit allen Teilen des Maßnahmenpakets bekundet hatte, das Gesamtpaket aber dennoch ablehnte. Hiermit endete die Tolerierungskonstruktion und hingen alle geplanten Maßnahmen plötzlich in der Luft. Dies galt auch für von der PVV durchgesetzte Maßnahmen wie die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft, das Burka-Verbot und eine Reihe Verschärfungen der Immigrationspolitik.

Rutte bat die Königin am 23. April, die Regierung von ihren Aufgaben zu entbinden. Daraufhin wurden für den 12. September Neuwahlen angesetzt. In solchen Situationen bestimmt das Parlament, welche Themen politisch umstritten sind und somit von der geschäftsführenden Regierung nicht beschlossen werden dürfen. Spätestens am 30. April mussten die Niederlande aber ein für die Europäische Kommission akzeptables und ausreichendes Sparpaket vorlegen. Die Catshuisverhandlungen hatten gezeigt, dass dieses Paket alles andere als unpolitisch war. In einem politischen Coup ersten Grades waren es zum Staunen der Öffentlichkeit die Parlamentsfraktionen von VVD, CDA, GroenLinks, ChristenUnie und der linksliberalen D'66, die mit tätiger Mithilfe des Finanzministers De Jager als Vermittler ein neues Sparpaket schnürten. Dieses einmalige Bündnis aus Regierungs- und Oppositionsparteien präsentierte am 26. April ein Haushaltsreformpaket. Trotz Dränger der Grünen verweigerte die PvdA als einzige ihre Unterschrift unter das so genannten „Wandelgangabkommen“ oder auch „Frühlingsabkommen“: So konnten die Niederlande in letzter Minute den Brüsseler Forderungen gerecht werden.

Die *Tweede Kamer* reagierte (mit Ausnahme der PVV) wohlwollend auf die beim Europäischen Rat am 26. April beschlossene Bankenunion und Unterstützung für den Finanzsektor (Teile von Van Rompuy's Plan). Deutlich kritischer sah das Parlament das Verhalten von Premier Rutte, der kurz zuvor noch signalisiert hatte, größere Schritte im Integrationsprozess nicht mitmachen zu wollen. Er hätte sich ausboten lassen, meinten viele Abgeordneten und schlussendlich hätten die Niederlande durch seine verfehlte Verhandlungsstrategie kaum mitreden können.

### **Immigration und Wirtschaftskrise in den Niederlanden**

Das Bevölkerungswachstum in den Niederlanden lag in den vergangenen zehn Jahren deutlich höher als der europäische Durchschnitt: Die Zahl der Einwohner stieg von 15,9 auf 16,6 Millionen, nicht durch Immigration, sondern vor allem durch eine höhere Geburtenrate. In keinem der 27 EU-Mitgliedsländer waren die relativen Immigrationszahlen niedriger als in den Niederlanden. Nur 22 Prozent dieses Wachstums beruht auf Immigration. Laut Statistikamt lässt sich diese abweichende Entwicklung auf die strengere Migrationspolitik zurückführen, aber auch ein Anstieg der Geburtenrate ist unverkennbar. Die Zahl der Frauen zwischen 20 und 40 ging in den letzten zehn Jahren um 3 Prozent zurück, aber die Zahl der Erstgebärenden legte im gleichen Zeitrahmen um 4 Prozent zu.<sup>2</sup>

Die makroökonomischen Eckdaten und Berichte für das erste Quartal 2012 waren besorgniserregend, das Vertrauen der Konsumenten ist weiter gesunken und die Arbeitslosigkeit angestiegen. Obwohl auch der Einzelhandel in diesem Quartal ein Minus von 6 Prozent verzeichnete, deutet sich eine leichte Konsolidierung an. Insgesamt war das Bruttonationalprodukt nicht weiter geschrumpft, sondern um 0,3 Prozent gewachsen: Ein Geschenk für den geschäftsführenden Premierminister und VVD-Parteivorsitzenden Mark Rutte, der in seiner Wahlkampagne dies sicherlich als Ergebnis seiner heilsamen Sparpolitik für sich beanspruchen wird.<sup>3</sup>

### **Mehr Europa oder weniger Europa?**

In Regierung und Parlament besteht Uneinigkeit über die Frage, ob die intensivere wirtschaftliche Verflechtung und Kooperation in Europa auch zu mehr politischer Zusammenarbeit führen sollte. Premierminister Rutte vertritt die Meinung, dass keine zusätzlichen Kompetenzen an die Europäische Union abgetreten werden sollten. Während die linke SP und die PVV diese Ansicht teilen, sind PvdA, GroenLinks und D'66 davon überzeugt, dass eine Politische Union mittelfristig unumgänglich sei.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik befürworten der Premierminister und sein Finanzminister De Jager strengere Regeln und Sanktionen für die Haushaltsdisziplin insbesondere Griechenlands. Ebenso plädieren sie für einen Ausbau des Rettungsschirms. Dennoch wurden die Niederlande selbst vom Europäischen Kommissar für Wirtschaft und Währung Olli Rehn wegen des Nichteinhaltens der Haushaltsrichtlinien kritisiert. Nach dem Erreichen des „Frühlingabkommens“ lobte der Kommissar Den Haag zwar, aber bemängelte gleichzeitig, dass die Konzeptversion des Abkommens zu unverbindlich und vage sei, um die Ergebnisse wirklich abschätzen zu können. Die nahenden Wahlen würden außerdem erhebliche „Implementierungsrisiken“ bergen.

Im vergangenen Jahr gab es in verschiedenen Politikbereichen Konflikte zwischen Brüssel und Den Haag bezüglich Gesetzgebung Verträge oder Richtlinien. Den Niederlanden wurde beispielsweise vorgeworfen, die Umsetzung der europäischen Energierichtlinien und die Bestimmungen bezüglich der zu geringen Zahl der Stipendien für ein Auslandsstudium zu verschleppen. Auch im Bereich Streikrecht gab es Streitfragen. Bei drei größeren Konfliktthemen musste sich die niederländische Regierung allerdings schwere Vorwürfe gefallen lassen.

Für Unruhe sorgte an erster Stelle die Umsetzung von vier Abkommen mit Bezug auf die Schelde, die 2005 zwischen den Niederlanden und Belgien nach sechsjährigen Verhandlungen geschlossen worden waren. Ziel der Abkommen war sicherzustellen, dass der Hafen von Antwerpen auch für größere Frachtschiffe erreichbar bleibt. Dies erfordert das regelmäßige Ausbaggern des Meeresarms Westerschelde, ein geschütztes Naturgebiet in den Niederlanden. Diese Zerstörung von Naturgebieten macht eine Gegenleistung in Form von Renaturierungsprojekten notwendig. Zwischen den Niederlanden und Belgien wurde deswegen vereinbart, beispielsweise den Hedwigepolder, der zu einem kleinen Teil zu Belgien, aber hauptsächlich zu den Niederlanden gehört, der Natur zurückzugeben und die Deiche zu

2 'Bijdrage migratie aan bevolkingsgroei relatief gering', <http://www.cbs.nl/nl-NL/menu/themas/bevolking/publicaties/artikelen/archief/2011/2011-3417-wm.htm>; 'Meer vrouwen kiezen voor moederschap', <http://www.cbs.nl/nl-NL/menu/themas/bevolking/publicaties/artikelen/archief/2011/2011-3424-wm1.htm>.

3 <http://www.cpb.nl/cijfer/kortetermijnraming-juni-2011-economische-groei-trekt-iets-aan>.

entfernen. Die niederländische Regierung hat diese Maßnahme aber noch nicht in Gang gesetzt und wurde deswegen von der Kommission wegen Vertragsbruch gerügt. Der verantwortliche Staatssekretär suchte einen Kompromiss und schlug eine teilweise Renaturierung des Hedwigepolders vor. Diese Lösung wurde aber weder vom Parlament noch von der Europäischen Kommission gutgeheißen.<sup>4</sup> Durch den Sturz der Regierung bleibt diese Frage weiter ungeklärt und die Renaturierung der Hedwigepolder harrt einer Lösung.

Eine zweite Streitfrage, die zu Irritationen zwischen den Niederlanden und Europa führte, war die Website, die die PVV eingerichtet hat, um Beschwerden über Osteuropäer zu sammeln. Die Website provozierte Proteste: Zehn Botschafter aus den neuen Mitgliedsländern brachten ihre Besorgnis in einem offenen Brief an das niederländische Parlament zum Ausdruck.<sup>5</sup> Premier Rutte war jedoch nicht bereit, sich einzumischen oder die Website öffentlich zu verurteilen. Das Europäische Parlament war anderer Meinung und forderte den Premier in einem Antrag auf, dieses Versäumnis nachzuholen. In einem Brief an die *Tweede Kamer* wiederholte Rutte lediglich, dass die PVV-Website „in keinster Weise den Auffassungen oder der Politik (...) der Regierung entspricht“, dass es aber politischen Parteien freistehe, ihre Meinung kundzutun. Ende März beschloss das niederländische Parlament auf Antrag von D'66, dass die PVV-Website eine unnötige Verunglimpfung einer Gruppe von Menschen darstelle.<sup>6</sup>

Die dritte und letzte Frage betraf die Zulassung von Rumänien und Bulgarien zur Schengenzone. Im September 2011 stellten die Niederlande klar, dass sie ein Veto gegen eine solche Erweiterung der Schengenzone einlegen würden. Zusammen mit unter anderem Frankreich und Deutschland forderten die Niederländer mehr Anstrengungen bei der Korruptionsbekämpfung, obwohl beide Länder laut dem Bericht der Europäischen Kommission formell diese Kriterien erfüllen. Aus Protest gegen das angekündigte Veto wurden sechs Lkws mit niederländischen Blumen an der ungarisch-rumänischen Grenze festgehalten. Frankreich und Deutschland erklärten sich später mit einer Aufnahme in mehreren Schritten einverstanden, bei der Landesgrenzen und Flughäfen erst später geöffnet werden würden. Die Niederlande beharrten allerdings weiterhin auf ihrer Ablehnung.

Die Positionierung der niederländischen Regierung in den letzten Jahren zeigt, dass das Königreich sich nach und nach von einem der größten Befürworter der europäischen Zusammenarbeit hin zu einem Mitgliedstaat entwickelt hat, der des Öfteren auf die Bremse tritt. Dies spiegelt eine Tendenz unter den Bürgern wider: Umfragen zeigen, dass das Vertrauen der Niederländer in die europäischen Institutionen sinkt. Im Herbst 2011 hatten 42 Prozent der Niederländer noch Vertrauen in die EU als Ganzes, im Vorjahr waren dies hingegen noch 53 Prozent. Dagegen war 65 Prozent (gegenüber 34 Prozent im Vorjahr) der Meinung, dass die EU sich in den letzten Jahren in die falsche Richtung entwickeln würde. Deutlich mehr als im europäischen Durchschnitt: In Europa insgesamt ist gut die Hälfte der Bevölkerung gegen die Aufnahme weiterer Staaten in die EU, in den Niederlanden sind es jedoch 64 Prozent.<sup>7</sup> Die Konfliktbereitschaft ist durch die offenkundige Unterstützung, die die euroskeptische PVV in der Bevölkerung hat, gewiss gestiegen.

---

4 Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 16. Mai 2012.

5 Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal 13. Februar 2012.

6 Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal 27. März 2012.

7 [http://www.europa-nu.nl/id/vh93qqnk8atd/nederland\\_over\\_europa](http://www.europa-nu.nl/id/vh93qqnk8atd/nederland_over_europa).



# Österreich

Paul Luif / Florian Trauner

Die Politik verlief in Österreich ruhig, insbesondere gab es keine bedeutsamen Wahlbewegungen. Offensichtlich bereiten sich die Parteien für die im Jahr 2013 geplanten Nationalratswahlen vor.

## Die Causa Golowatow

Am Nachmittag des 14. Juli 2011 wurde der Russe Michail Golowatow auf dem Flughafen Wien-Schwechat festgehalten und dann, trotz eines von Litauen ausgestellten Europäischen Haftbefehls, nicht einmal 24 Stunden später wieder freigelassen. Als unmittelbare Begründung wurde angegeben, dass der Tatverdacht gegen Golowatow im Europäischen Haftbefehl nicht ausreichend formuliert gewesen sei. Die litauischen Behörden hätten die Vorwürfe nicht konkretisieren können.

Der Fall löste eine diplomatische Krise aus. Am 18. Juli 2011 berief Litauen seinen Botschafter in Österreich zurück. Dem österreichischen Geschäftsträger in Vilnius überreichte die litauische Vizeaußenministerin eine Protestnote. Der litauische Außenminister sandte mit seinen estnischen und lettischen Kollegen einen Protestbrief an die EU-Justizkommissarin Viviane Reding.<sup>1</sup> Nach Aussagen der litauischen Behörden war Golowatow als KGB-Oberst und Kommandant der Spezialeinheit „Alpha“ einer der Hauptverantwortlichen für die versuchte Erstürmung des Fernsehturms in der litauischen Hauptstadt Vilnius am 13. Januar 1991, bei der 14 Menschen starben.<sup>2</sup>

Der litauische Justizminister meinte, dass Österreich Ausreden suchen würde und mehr an den Rechten Golowatows interessiert sei als an seinen Verbrechen. Die österreichische Justiz hatte argumentiert, dass der Europäische Haftbefehl in diesem Fall nicht anzuwenden gewesen sei – weil die Vorwürfe gegen Golowatow aus dem Jahr 1991 stammten, die Bestimmungen zum EU-Haftbefehl in Österreich aber erst bei Straftaten nach dem Jahr 2002 angewendet werden.<sup>3</sup> EU-Justizkommissarin Viviane Reding bestätigte die formalrechtliche Konformität des österreichischen Handelns, was von Litauen kritisiert wurde.<sup>4</sup>

Es stellte sich heraus, dass der russische Botschafter in Wien am Abend des 14. Juli 2011, nach der Festnahme, bei Golowatow am Flughafen Wien-Schwechat war. Nach einer Absprache der österreichischen Innen-, Außen- und Justizministerien sollte Litauen bis spätestens 14 Uhr, 15. Juli 2011, weitere Informationen geben; es war offensichtlich klar, dass dies nicht zu schaffen war.<sup>5</sup> Ex-KGB-Offizier Golowatow meldete sich nach sei-

---

1 Baltic fury over Austria's release of ex-Soviet officer, BBC, 19.7.2011, <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-14202371>.

2 Jutta Sommerbauer/Eduard Steiner/Oliver Grimm/Christian Ultsch, Proteste in KGB-Affäre: „Schande“ über Österreich, in: Die Presse, 19.7.2011.

3 Nicholas Bukovec, Russen intervenierten mit Erfolg. Affäre Golowatow: Nach massivem Drängen des Botschafters um drei Uhr früh piff das Justizministerium die eigenen Leute zurück, in: Kurier, 26.7.2011.

4 Diplomatischer Eklat beschäftigt EU-Kommission. Der Fall „Golowatow“: Österreichs Justiz erneut im Zwielficht, EurActiv.de, 20.7.2011, <http://www.euractiv.de/globales-europa/artikel/abermals-schiefes-licht-auf-sterreichs-justiz-005119>; siehe auch Valentina Pop, Justice commissioner backs Austria in KGB row with Lithuania, EU-Observer, 20.7.2011, <http://euobserver.com/justice/32642>.

ner Freilassung in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur Ria Nowosti zu Wort. Er berichtete, der russische Botschafter sei bis fünf Uhr früh am Flughafen geblieben. Aus dem Interview war zu schließen, dass der Einmischungsversuch der Russen beträchtlich gewesen sein muss.<sup>6</sup>

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) wollte sich für die Affäre um den freigelassenen Ex-KGB-Offizier nicht bei Litauen entschuldigen. Es habe nämlich „in Österreich eine unabhängige Behörde unabhängig entschieden“. Justizministerin Beatrix Karl (ÖVP) vereinbarte mit Litauen eine bilaterale Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung des Falls.<sup>7</sup> Nach Estland und Lettland sowie Polen und Tschechien erklärte sich auch Bulgarien solidarisch mit Litauen.<sup>8</sup>

Litauen war mit dem Ergebnis der Arbeitsgruppe nicht restlos zufrieden. Der litauische Vize-Justizminister sagte zum Ergebnis, dass Österreich von Litauen gestellte Schlüsselfragen nicht beantwortet hätte. Ende September 2011 hielten dann Litauen und Österreich in einer gemeinsamen Erklärung fest, dass sie die Zusammenarbeit ausbauen wollen. Nach Justizministerin Karl wurde damit ein „ganz wichtigen Schritt gesetzt“. Ihr litauischer Amtskollege Remigijus Simaris war nicht so euphorisch, sah aber die gemeinsame Erklärung positiv. EU-Justizkommissarin Viviane Reding äußerte ebenfalls ihre Zufriedenheit über die „konstruktive Zusammenarbeit zwischen Österreich und Litauen“.<sup>9</sup>

## Rechtsfragen

Am 21. Dezember 2011 hob der EuGH erneut ein sektorales LKW-Fahrverbot auf der Inntalautobahn in Tirol auf. Das Fahrverbot für Lastkraftwagen, die bestimmte Güter befördern, sei mit dem in der EU geltenden freien Warenverkehr nicht vereinbar. Solche Fahrverbote auf Teilen der Inntalautobahn waren vom EuGH bereits 2005 für EU-rechtswidrig erklärt worden. Das Transitforum Austria-Tirol kritisierte den EuGH wegen der Aufhebung des sektoralen LKW-Fahrverbots als „willfährigen Handlanger einer aus den Fugen geratenen EU“.<sup>10</sup>

Im Januar 2012 übernahm der Verwaltungsgerichtshof ein Urteil des EuGH, wonach wegen des Assoziationsabkommens der EU mit der Türkei die Fremdenrechtsgesetze seit dem EU-Beitritt Österreichs bei türkischen Staatsbürgern nicht angewendet werden dürfen. Das bedeutet etwa, dass jene Türken, die im Rahmen eines Familiennachzugs nach Österreich kommen, weder vor noch nach der Einreise Deutschkenntnisse nachweisen müssen. Auflagen bezüglich des Nachweises einer Unterkunft sowie eines sicheren Einkommens entfallen. Mit Ausnahme der Grünen kritisierten österreichische Politiker diese Urteile; das sei keine gute Nachricht für Österreich, meinte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP). Dennoch werden sie umgesetzt.<sup>11</sup>

---

5 Nicholas Bukovec/Philipp Hacker, Causa Golowatow: Finnern und Tschechen schauen weg, in: Kurier, 22.7.2011. Die Autoren bezogen sich auf Informationen des Grünen Nationalratsabgeordneten Peter Pilz. Hingewiesen wird auch, dass Golowatow sein Visum für den Schengen-Raum (gültig bis Ende 2011) von Finnland im Jahr 2009 erhielt, bevor im Oktober 2010 der Europäische Haftbefehl gegen ihn ausgestellt wurde. Seit Oktober 2010 war er fünf Mal nach Finnland eingereist, zwei Mal nach Tschechien und ein Mal nach Zypern.

6 Jutta Sommerbauer/Eduard Steiner, Fall Golowatow: Leisteten Behörden „Fluchthilfe“?, in: Die Presse, 22.7.2011.

7 Faymann entschuldigt sich nicht bei Litauen, in: Kurier, 23.7.2011.

8 Fall Golowatow: Schützenhilfe für Litauen, in: Die Presse, 3.8.2011.

9 Causa Golowatow für Karl geklärt, in: DiePresse.com, 23.9.2011.

10 Tirol: EU-Gericht kippt sektorales Lkw-Fahrverbot, in: DiePresse.com, 21.12.2011.

11 Clara Akinyosoye, Verhärtete Fronten nach Aufhebung der Deutschpflicht, in: Die Presse, 2.5.2012.

Im April 2012 bestätigte die EU-Kommission den slowenischen Antrag auf Anerkennung des Namens „Krainger Wurst“ als geschützte Herkunftsbezeichnung. Das österreichische Patentamt erklärte, die Annahme der slowenischen Forderung würde das Ende der Bezeichnung wie „Krainger“ oder „Käsekrainger“ für populäre österreichische Wurstsorten bedeuten. Die heimischen Produzenten befürchteten einen erheblichen Absatzverlust und große Umstellungskosten.<sup>12</sup> Mitte Juni 2012 wurde schließlich ein Kompromiss zwischen den Landwirtschaftsministern Österreichs und Sloweniens erzielt. Slowenien erklärte sich bereit, seine landestypische Bezeichnung „Kranjska Klobasa“ als geografisch geschützte Angabe eintragen zu lassen. Es wurde akzeptiert, dass Österreich die deutschsprachige Bezeichnung „Krainger bzw. Käsekrainger“ beibehalten kann.<sup>13</sup>

Der österreichische Verfassungsgerichtshof (VfGH) traf im Mai 2012 eine richtungsweisende Grundsatzentscheidung. In Verfahren, in denen EU-Recht eine Rolle spielt, gelten nun die Bestimmungen der EU-Grundrechtecharta als verfassungsrechtlich gewährleistete Rechte und können beim Höchstgericht eingeklagt werden. Den Verfassungsrichtern dienen sie als Prüfungsmaßstab, etwa für neue Gesetze in Österreich.<sup>14</sup>

### Personalfragen

Zu den 17 im Dezember 2011 aufgrund des Lissabon-Vertrags neu bestellten Abgeordneten des Europäischen Parlaments zählten die Österreicher Josef Weidenholzer (SPÖ) und Ewald Stadler (BZÖ). Bei der Plenarsitzung des im Januar 2012 wurde Othmar Karas (ÖVP) zu einem der vierzehn Vizepräsidenten gewählt; Hannes Swoboda (SPÖ) wurde neuer Vorsitzender der Fraktion S&D.<sup>15</sup>

### Bankgeheimnis

Österreich und Luxemburg müssen den automatischen Informationsaustausch zu Bankdaten einführen, wenn die EU mit der Schweiz, Liechtenstein, Andorra, San Marino und Monaco Abkommen über die Auskunftserteilung nach OECD-Standards geschlossen hat. Um dies zu verhindern, blockieren die zwei Staaten ein Verhandlungsmandat.<sup>16</sup> Zusätzlich hat Österreich mit der Schweiz im Frühjahr 2012 ein bilaterales Steuerabkommen abgeschlossen, wodurch in der Schweiz geparktes Schwarzgeld mit einer „Abgeltungssteuer“ besteuert wird.<sup>17</sup> Als am 15. Mai 2012 Österreich (und Luxemburg) wieder das Verhandlungsmandat blockierten, fielen von Seiten der Kommission und der dänischen EU-Präsidenschaft Worte wie „completely unjustifiable ... grossly unfair ... a mystery“.<sup>18</sup> Finanzministerin Fekter betonte hingegen, dass Österreich „dem automatischen Informationsaustausch unter gar keinen Umständen zustimmen und auch kein Mandat erteilen [werde]“.<sup>19</sup>

12 Wurst-Streit: „Lassen uns die Krainger nicht verbieten“, in: DiePresse.com, 12.4.2012. „Krainger“ war ein Habsburger Kronland, das nach 1918 Teil Sloweniens wurde, Wolfgang Böhm, Der Kampf um die Käsekrainger beginnt, in: Die Presse, 13.4.2012.

13 Streit beendet: Käsekrainger bleibt Käsekrainger, in: DiePresse.com, 15.6.2012.

14 VfGH: EU-Grundrechtecharta hat Verfassungsrang, in: DiePresse.com, 4.5.2012.

15 Informationen der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

16 „Herr Kommissar, sind Sie verrückt?“. Der EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta nimmt Österreich und Luxemburg in die Pflicht, in: Die Presse, 3.2.2012.

17 Herbert Vytiska, Wien verhandelt Abgeltungssteuer für in der Schweiz geparktes Schwarzgeld: EU will keinen Alleingang Österreichs, EurActiv.de, 8.3.2012, <http://www.euractiv.de/oesterreich/artikel/eu-will-keinen-alleingang-sterreichs-006068>.

18 Andrew Rettman, Tax commissioner lets rip against Austria and Luxembourg, EU-Observer, 16.5.2012

19 Fekter zu Bankgeheimnis: „Ich werde standhalten“, in: DiePresse.com, 15.5.2012.

## Die Euro-Krise

Zum Eurorettungsschirm ESM stellten SPÖ, ÖVP und die oppositionellen Grünen am 14. Juni 2012 einen gemeinsamen Antrag mit der Bestimmung, dass der Nationalrat mit einfacher Mehrheit die Finanzministerin in Sachen ESM binden könne. Die Opposition von FPÖ und BZÖ meinte hingegen, das Parlament würde beim ESM nur noch peripher mitentscheiden können – in zwei ständigen Unterausschüssen zum Budgetausschuss. Die eigentliche Lenkung des ESM würde durch den ESM-Gouverneursrat erfolgen. SPÖ, ÖVP und Grüne hielten dagegen, dass es sich bei den Unterausschüssen um „übliches Vorgehen“ handle.<sup>20</sup> Einige Experten, so Wirtschaftswissenschaftlerin Eva Pichler, warnten, dass der zweite EU-Rettungsschirm Österreich zahlungsunfähig machen könnte.<sup>21</sup>

In der entscheidenden Nationalratssitzung am 4. Juli 2012 verteidigte Bundeskanzler Faymann die Vorlage und zeigte damit, dass nun seine Einstellung zur EU positiver war als die Jahre vorher. FPÖ und BZÖ forderten eine Volksabstimmung. In der Debatte behauptete FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, dass die Zustimmung zum Euro-Rettungsschirm „einem Verfassungsputsch, einer Abschaffung der Zweiten Republik“ gleichkäme, denn die „Budgethoheit“ des Parlaments würde an die EU delegiert.<sup>22</sup> Finanzministerin Fekter erklärte, dass der ESM zur Bewältigung der Schuldenkrise beitragen werde. Dazu komme der Fiskalpakt, der es erlaube, Schuldensünder zu bestrafen und bei ökonomischen Ungleichgewichten einzuschreiten. Bei der Abstimmung im Nationalrat sprachen sich dann die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sowie die Grünen für den ESM und für die Änderung von Artikel 136 AEUV aus; damit wurde die erforderliche verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit erreicht. Dem Fiskalpakt stimmten hingegen die Grünen nicht zu. Damit gelang es nicht, wie im Fiskalpakt eigentlich erwünscht, die Schuldenbremse in den Verfassungsrang zu heben.<sup>23</sup>

Bei einer Meinungsumfrage vom Oktober 2011 sprachen sich nur 24 Prozent der Befragten für den EU-Rettungsschirm aus, 71 Prozent befürchteten Nachteile für Österreich. 27 Prozent glaubten noch an die Rettung des Euro, 43 Prozent nicht mehr.<sup>24</sup>

## Weiterführende Literatur

Gerda Falkner (Hrsg.): *The EU's Decision Traps: Comparing EU Policies*, Oxford University Press, Oxford 2011.

Theo Öhlinger/Michael Potacs: *EU-Recht und staatliches Recht: die Anwendung des Europarechts im innerstaatlichen Bereich*, 4. Auflage, LexisNexis-Verlag, Wien 2011.

Anton Pelinka: *Europa. Ein Plädoyer*, Braumüller, Wien 2011.

Stefan Perner: *EU-Richtlinien und Privatrecht*, Manz, Wien 2012.

Johannes Pollak/Peter Slominski: *Einführung in die EU*, 2. Auflage, WUV/UTB, Wien 2012.

Karl Ucakar/Stefan Gschiegl: *Das politische System Österreichs und die EU*, Facultas, Wien 2012.

---

20 Regina Pöll, *Parlament: Blau-oranger Eklat um Eurohilfe*, in: *Die Presse*, 15.6.2012

21 „Österreich droht der Konkurs“, in: *Kleine Zeitung*, 20.6.2012, <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/eu/3046325/oesterreich-droht-konkurs.story>.

22 Thomas Prior, *ESM im Parlament: „Teufelswerk“ und Österreichs Beitrag*, in: *Die Presse*, 5.7.2012.

23 Siehe *Parlamentskorrespondenz* Nr. 587 vom 4.7.2012, [http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2012/PK0587/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0587/index.shtml).

24 An der Umfrage nahmen vom 24.-27.10.2012 österreichweit 850 Leute teil; Österreicher lehnen EU-Rettungsschirm ab, in: *Die Presse*, 27.10.2011.